

# ***Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg***

Wassergasse 12

78333 Stockach

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

22. Mai 2013

## **Pressemitteilung**

### **Der Rückzug von Peter Fratton aus allen schulpolitischen Ämtern ist folgerichtig**

### **Jetzt muss auch die grün-rote Bildungspolitik in Baden-Württemberg die Weichen neu stellen**

In verschiedenen Interviews («Stuttgarter Zeitung» und «Stuttgarter Nachrichten» vom 22. Mai) hat einer der Protagonisten des umstrittenen Gemeinschaftsschulkonzeptes seinen Rückzug aus allen Funktionen innerhalb der baden-württembergischen Schulpolitik erklärt.

Das Gemeinschaftsschul-Konzept und auch Peter Frattons Rolle dabei sind immer wieder sachlich in Frage gestellt worden, zuletzt in einem Grundsatzartikel der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» («Neue Lernkultur“ im Musterländle») vom 10. Mai.

Die grün-rote Landesregierung täte deshalb gut daran, die wachsende Kritik – die ja wohl die eigentliche Ursache dafür ist, dass Peter Fratton seinen Rückzug angekündigt hat – nicht wie bislang allein als Resultat «handwerklicher Fehler» zu deuten und bei einem «Bauernopfer» stehen zu bleiben.

Eine Mitte Mai vom Forschungsinstitut *Infratest-dimap* durchgeführte Umfrage in Baden-Württemberg hat gezeigt, dass die Mehrheit der Baden-Württemberger die Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung ablehnend beurteilt, ablehnender noch als schon vor einem Jahr. 59 Prozent der Befragten sind mit der Bildungspolitik des Landes unzufrieden, bei den Bürgern mit Abitur oder Fachhochschulreife liegt die Ablehnung sogar bei 68 Prozent. Darüber hinaus haben weit weniger Eltern ihre Kinder an den neu gebildeten Gemeinschaftsschulen angemeldet als von der Landesregierung erhofft.

Offensichtlich merken die Bürger des Landes, dass es bei den grün-roten Schulreformen nicht um Verbesserungen in der Schullandschaft geht, sondern um Schulveränderungen mit anderen als pädagogischen Motiven – nicht im Sinne der Kinder und Eltern des Landes und auch nicht im Sinne der Zukunft des Landes. Wir fordern deshalb eine bildungspolitische Kurskorrektur.

Eine solche Kurskorrektur benötigt allerdings einen Kompass, der eine gründliche und mit allen Bürgern geführte Diskussion über die Frage voraussetzt, wohin der Weg unserer Schulen führen soll. Eine Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen und am personalen Menschenbild des Grundgesetzes gehört sicherlich hierzu. Die Verfassung unseres Bundeslandes muss wieder Vorrang haben.

An deren zentralen Artikel zu den Erziehungs- und Bildungszielen in Baden-Württemberg kann man nicht oft genug erinnern:

« Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen» (Artikel 12 der Landesverfassung).